Stellungnahme im Rahmen der Anhörung „Rheinisches Revier“ des Ausschuss Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags NRW am 13. Februar 2019

WFG
WIR FÖRDERN WIRTSCHAFT IM KREIS HEINSBERG

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/1191

Alle Abg

Ich bedanke mich für die Möglichkeit, als Vertreter einer Kreisgebietskörperschaft, die unmittelbar vom Braunkohlentagebau betroffen ist, hier vor diesem Gremium sprechen zu dürfen. Die „Betroffenheit“ ist für die Menschen in der unmittelbaren Randzone der Tagebaue – in diesem Fall des Tagebaus Garzweiler II in Erkelenz - alles andere als ein abstrakter Begriff. Dies gilt in gesellschaftlich-sozialer Hinsicht ebenso wie im Hinblick auf die Siedlungspolitik - Stichwort Umsiedlungsproblematik. Dies gilt aber auch im Hinblick auf die weitreichenden wirtschafts- und strukturpolitischen Auswirkungen.

Vor diesem Hintergrund fällt die Bewertung des Berichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zwiegespalten aus:
Es muss konstatiert werden, dass die gravierenden Probleme der Umsiedler und der Menschen, die am Tagebaurand Garzweiler II leben, nicht ausreichend gewürdigt werden. Dies hat zur Folge, dass konkrete Planungen ihrer Zukunft für diese Menschen immer noch nicht möglich sind.
Andererseits ist aber nachdrücklich herauszustellen, dass die Empfehlungen der Kommission vor allem auch eine Chance für eine zukunftsorientierte regionale Wirtschafts- , Struktur- und Infrastrukturentwicklung bieten – und damit für Wachstum und Beschäftigung in der Region. Es muss jetzt darauf ankommen, dass eine rasche Umsetzung in Gesetzgebung und Vertragswerke erfolgt, um Rechtsverbindlichkeit zu schaffen und klare Entwicklungsperspektiven. Dies ist entscheidend für die Menschen vor Ort, ebenso aber auch für Investitionsentscheidungen von Unternehmen.
Positiv herauszustellen ist in diesem Zusammenhang auch, dass der gesamte Prozess des Strukturwandels im Rheinischen Revier langfristig, d.h. auf mindestens zwei Jahrzehnte angelegt ist. Als Vertreter einer Kreisgebietskörperschaft, die in den letzten drei Jahrzehnten gleich mehrere tiefgreifende wirtschaftsstrukturelle Brüche verkraften musste - nach dem Ende der regionalen Chemiefaserproduktion und der Konversion militärischer Standorte zuletzt die Schließung der Steinkohlenzeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven - kann ich aus eigenem Erleben sagen, dass Strukturwandel nur funktionieren kann, wenn ein solcher Prozess nicht nur durch die entsprechend auf die regionale Erfordernisse abgestimmte Förderinstrumente flankiert wird, sondern auch mit einem langen Atem umgesetzt werden kann.

Auskunft erteilt bei der WFG: Ulrich Schirowski| F: 02452/1318-10

Eine zukunftsorientierte regionale Wirtschafts- und Strukturförderung muss großräumig angelegt sein. Denn sie sollte die herausragenden technologischen Potenziale, die gerade die Hochschullandschaft des Rheinlands - zwischen Aachen, Jülich, Köln und Düsseldorf – bietet, mit einbeziehen, um wegweisende Vorhaben in den definierten Zukunftsfeldern entscheidend voran zu bringen und in Wertschöpfung umzusetzen. Dies ist wichtig für die Entwicklung des Rheinischen Reviers, zweifellos aber auch für die Zukunftsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Insofern sind die zahlreichen bereits jetzt im Projektkanon des Kommissionsberichts aufgerufenen innovativen Vorhaben begrüßens- und unterstützenswert.

Gleichwohl sollte in einem Prozess, der den Strukturwandel fokussiert, der Faktor „Betroffenheit“ von eben diesem in den Mittelpunkt gestellt werden. Diese konkrete Betroffenheit ist innerhalb des Rheinischen Reviers und des gesamten Rheinlands deutlich unterschiedlich ausgeprägt. Dies gilt sowohl für die faktischen Belastungen durch die aktiven Tagebaue am Tagebaurand, als auch für die konkreten ökonomischen Verflechtungen in die regionalen Wertschöpfungsketten, die mit dem nahenden Ende der Braunkohleförderung wegbrechen werden. Letztere haben eine deutlich höhere räumliche Reichweite als die Belastungen am Tagebaurand und wirken sich, beispielsweise im Kreis Heinsberg, auf die regionalwirtschaftliche Entwicklung des gesamten Kreises aus.

Daraus folgert, dass sich die avisierte Investitionsförderung, beispielsweise im Rahmen der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit der Einstufung als „C-Fördergebiet“ oder einer ähnlichen Programmstruktur, sowie die Vereinfachung und Entbürokratisierung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen und Gewerbegebietsentwicklungen, vor allem auf die Tagebaurandkommunen sowie deren umgebenden und verflochtenen räumlichen Strukturen konzentrieren sollten.

Vor allem die beiden letztgenannten Punkte, der Verkehrsinfrastruktur- und der Gewerbe-/Industriegebietsentwicklung, sind von herausragender Bedeutung für eine zukunftsfähige Entwicklung am Tagebaurand Garzweiler II und im Kreis Heinsberg.

Im „Drehbuch“ des Zweckverbands Tagebaufolge(n)landschaft Garzweiler sind dabei zentrale Projekte der Landschaftsgestaltung sowie der innovativen Wirtschafts- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung abgebildet. U.a. gehören dazu

- Leistungsfähige Verkehrsanbindungen in die Ballungsräume. Hierbei könnte die bereits vorhandene schienengebundene Infrastruktur des Tagesbaubetreibers eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.
- die Wiederherstellung und Stärkung von infrastrukturellen Verbindungen im Tagebauumfeld und der innerregionalen Erschließung ,
- sowie die Erschließung und Entwicklung neuer Standorte für Gewerbe, Wohnen und Freizeit-/Tourismusnutzung.

Eine besondere Chance – für den Kreis Heinsberg, die Region, aber auch für das gesamte Land NRW – birgt die Entwicklung der zu großen Teilen ohnehin bereits seit Jahrzehnten im Landesbesitz befindlichen LEP VI-Fläche Geilenkirchen-Lindern. Hier könnten – im erweiterten Tagebau Tagebauumfeld zum Westrevier (Inden) und Nordrevier (Garzweiler) sowie in Schlagdistanz zur Aachen-Jülicher Hochschul- und Forschungslandschaft, industrielle Großvorhaben von strukturpolitisch herausragendem Stellenwert realisieren werden.

Ulrich Schirowski
Geschäftsführer
Wirtschaftsförderungsgesellschaft
für den Kreis Heinsberg mbH